17 K 61/24

Amtsgericht Oberhausen

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Donnerstag, 25.02.2027, 10:00 Uhr,
1. Etage, Sitzungssaal 108, Friedensplatz 1, 46045 Oberhausen

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Sterkrade-Nord, Blatt 1306,
BV lfd. Nr. 4
Gemarkung Sterkrade-Nord, Flur 10, Flurstück 504, Hof- und Gebäudefläche, Eichsfeldstraße 21a, Größe: 162 m²

Grundbuch von Sterkrade-Nord, Blatt 1306,
BV lfd. Nr. 5
Gemarkung Sterkrade-Nord, Flur 10, Flurstück 505, Hof- und Gebäudefläche, Eichsfeldstraße, Größe: 16 m²

Grundbuch von Sterkrade-Nord, Blatt 1306,
BV lfd. Nr. 7
1/2 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Sterkrade-Nord, Flur 10, Flurstück 506, Weg, Eichsfeldstraße, Größe: 141 m²

versteigert werden.

Laut Wertgutachten handelt es sich um ein ca. 162 m² großes 2-geschossiges Einfamilien-Reihenhaus mit Garage sowie 1/2 Miteigentumsanteil an einem unbebauten Grundstück (Wegefläche).

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 27.12.2024 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

300.000,00 €

festgesetzt.

Die Einzelwerte betragen:

- Gemarkung Sterkrade-Nord Blatt 1306, lfd. Nr. 7	1,00 €
- Gemarkung Sterkrade-Nord Blatt 1306, lfd. Nr. 4	290.000,00 €
- Gemarkung Sterkrade-Nord Blatt 1306, lfd. Nr. 5	8.000,00 €

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.